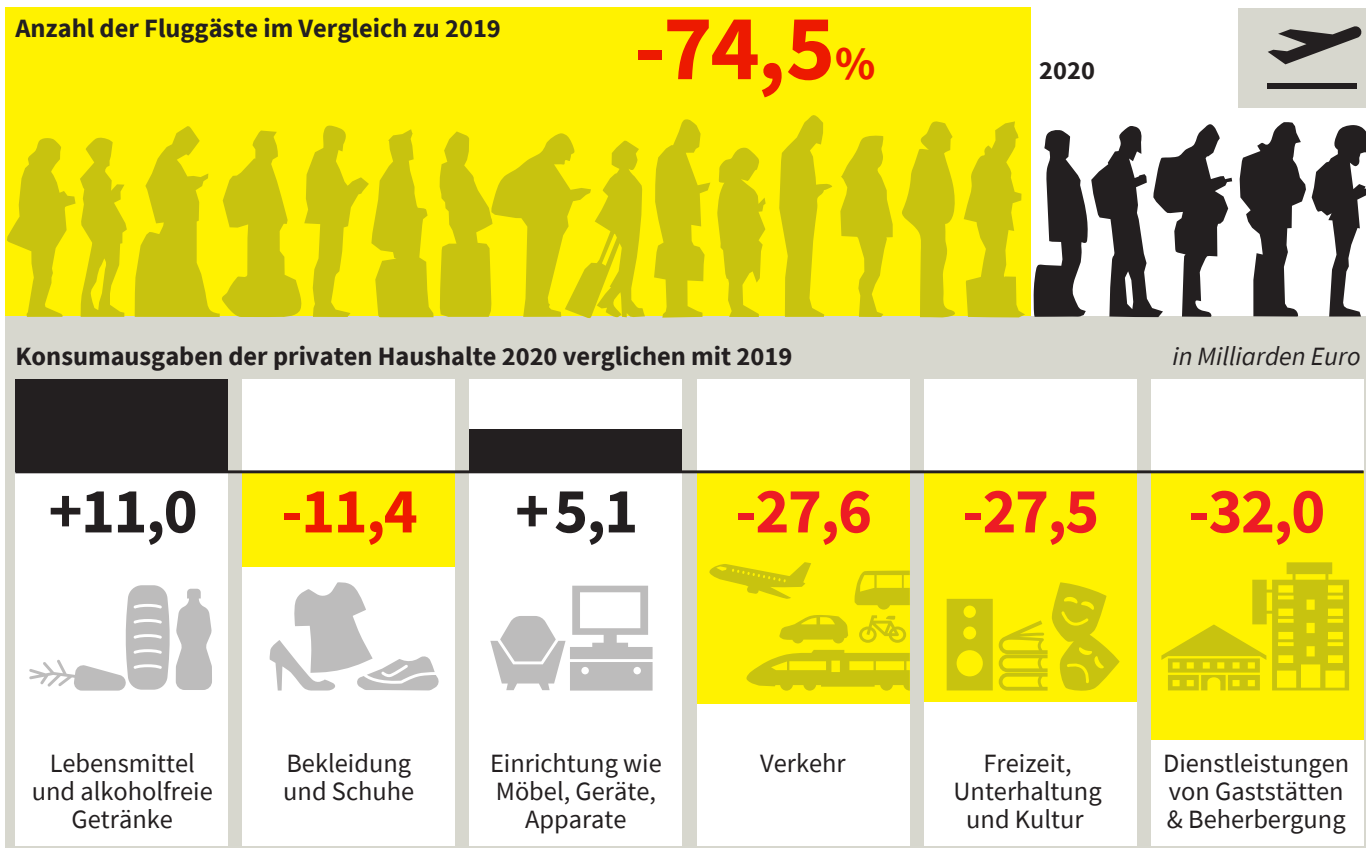


DIE WICHTIGSTEN FRAGEN ZUR BUNDESTAGSWAHL

Was sind die großen Themen, welche Lösungen gibt es? **Gemeinsam mit dem Recherchezentrum CORRECTIV beantwortet Elbe Wochenblatt** in einer Serie bis zum 26. September die wichtigsten Fragen zur Wahl – kompakt und verständlich. **Teil 3: Wirtschaft**

Wie die Pandemie verschiedene Branchen getroffen hat



2020 haben deutsche Haushalte 4,9 Prozent weniger als im Jahr zuvor ausgegeben. Das gab es seit 1970 noch nie.

Wie schlimm ist die Situation nach Corona?

Das Coronavirus hat weltweit eine riesige Wirtschaftskrise ausgelöst. Deutschland versucht mit viel Geld, die Folgen abzuschwächen und Arbeitsplätze zu retten. Dafür hat der Staat monatelang ganze Branchen gestützt und Kurzarbeitergeld gezahlt. Zum Beispiel Köchen und Hotelangestellten. Gleichzeitig sind die Steuereinnahmen eingebrochen. Der Staat hat also deutlich mehr als in den Vorjahren ausgegeben und gleichzeitig weniger eingenommen.

Bezahlen konnte die Regierung das nur, indem sie sich viel zusätzliches Geld geliehen hat: 370 Milliarden Euro seit 2020. Das sind circa 4.500 Euro pro Person in Deutschland. Für nächstes Jahr sind nochmal 100 Milliarden Euro neue Schulden geplant. Eigentlich darf der Staat gar nicht so hohe Schulden machen. Denn nach der Finanzkrise hat der Bundestag eine Schuldenbremse ins Grundgesetz geschrieben. In Katastrophenfällen kann die Bremse aber pausiert werden.

Deshalb gilt sie seit 2020 vorübergehend nicht. Ob die hohen Schulden ein Problem sind, darüber streiten Ökonomen. Einerseits kann der Staat dann nicht so viel in andere Zukunftsprojekte investieren, weil Rückzahlungen anstehen. Andererseits könnte ohne Schulden alles noch viel schlimmer sein, weil zum Beispiel mehr Arbeitsplätze verloren gehen.

Wann geht es wieder aufwärts?

Die meisten Ökonomen rechnen damit, dass die deutsche Wirtschaftsleistung Ende des Jahres wieder auf dem Niveau vor der Krise ist. Das würde uns helfen, den Schuldenberg abzutragen. Denn wenn die Wirtschaft läuft, nimmt der Staat wieder mehr Steuern ein. Und je mehr Geld in der Staatskasse ist, desto schneller kann der Staat seine Schulden zurückzahlen. Eingeplant hat er dafür aktuell 20 Jahre. Die Schuldenbremse soll ab 2023 wieder eingehalten werden. Experten sind sich uneinig, ob es bei diesem Plan bleiben sollte. Die Befürworter argumentieren, dass sonst die nächsten

Generationen die Schulden ausbaden müssen.

Die Gegner der Idee wollen die Schulden lieber 40 Jahre lang zurückzahlen und die Schuldenbremse weiter aussetzen. Dann gäbe es mehr Spielraum für Investitionen. Und durch eine stärkere Wirtschaft könnten wiederum mehr Steuern eingenommen werden. Es gibt noch mehr Ideen, wie wir die Schulden abbauen könnten. Zum Beispiel, indem Unternehmen oder Erben mehr Steuern zahlen. Wie wir die Coronaschulden letztendlich begleichen, wird die zukünftige Regierung entscheiden.

Wie ändert sich die Wirtschaft nach Corona?

Die Krise hat die Wirtschaft sehr unterschiedlich getroffen. Hotels, Restaurants, Tourismus und Kultur konnten monatelang kaum Geschäfte machen. In der Industrie sind dagegen viele Auftragsbücher voll. Trotzdem läuft die Produktion nur stockend. Denn die globalen Lieferketten sind zurzeit alles andere als stabil. Wie abhängig unsere Wirtschaft von Lieferungen vor allem aus Asien ist, haben die vergangenen Monate gezeigt. Erst mussten wegen der Pandemie Fabriken weltweit schließen. Dann blockierte ein Containerschiff im März tagelang eine wichtige Handelsroute von Asien nach Europa. Aktuell fehlen bei fast der Hälfte der verarbeitenden Unternehmen in Deutschland Teile für die Produktion. Zum Beispiel Teile von Mikrochips, die die Autoindustrie unbedingt benötigt. Wird deshalb bald mehr lokal produziert? Bei Lebensmitteln geht der Trend schon länger zum Gemüse aus der Regi-

on. Das ist auch nachhaltiger, weil Transportwege gespart werden. Aber wenn sich Unternehmen in Deutschland in Zukunft unabhängiger von einzelnen Lieferketten machen, könnte das sogar zu mehr Verkehr führen. Denn die Firmen werden versuchen, statt einem Zulieferer aus einer Region mehrere Hersteller weltweit zu haben. Dann ist ihr Risiko bei Umweltkatastrophen oder Ausfällen geringer.

Arbeiten wir ab jetzt alle im Home Office?

Vor der Pandemie arbeiteten nur circa 16 Prozent der Beschäftigten von zu Hause. Während der zweiten Welle im Frühjahr 2021 waren es dann fast doppelt so viele. Ermöglicht haben das vor allem zwei Veränderungen: Unternehmen haben in Laptops investiert und sie haben ihren Mitarbeitern das Arbeiten zu Hause überhaupt erlaubt. Allerdings nicht ganz freiwillig. Bis Juni hat der Staat Unternehmen verpflichtet, Home Office, wo es geht, zu ermöglichen. Viele Betriebe wollen die Möglichkeit auch nach der Krise beibehalten. Die Parteien sind sich nicht einig, ob man die Arbeitgeber dazu mit einem dauerhaften Rechtsanspruch auf Home Office zwingen sollte. Auch darüber wird die zukünftige Regierung entscheiden.

Mehr Arbeit zu Hause bietet aber vor allem für hochqualifizierte Menschen neue Chancen. Sie können ortsunabhängig Jobs annehmen oder flexibel arbeiten. Knapp die Hälfte aller Beschäftigten konnte sich dagegen nie ins Home Office zurückziehen. Sie mussten weiter im Krankenhaus, im Supermarkt oder in der Produktion arbeiten. Die Pandemie hat schwierige Arbeitsbedingungen in diesen Branchen in den Fokus gerückt. Erst als sich immer mehr Mitarbeiter von Schlachthöfen mit Corona infizierten, beschloss die Politik neue Arbeitsschutzgesetze. Seit diesem Jahr müssen die Fleischfirmen ihre Mitarbeiter selbst anstellen und es gelten Mindeststandards für die Unterkünfte.

Wie sehen unsere Innenstädte in Zukunft aus?

Die Coronakrise hat vielen Innenstädten zugesetzt. Die Zahl der Passanten auf Einkaufsmeilen brach zeitweise um 90 Prozent ein, viele Geschäfte haben geschlossen. Und schon vor der Krise haben immer mehr Menschen lieber online eingekauft.

In Zukunft wollen Städte deshalb stärker auf einen Mix aus Wohnungen, Kultur, Geschäften und Büros setzen. Zusätzlich fordern sie Hilfe vom Bund. Eine zentrale Forderung hat die Regierung vor kurzem erfüllt. Mit einem neuen Gesetz hat sie das Vorkaufsrecht der Städte gestärkt. In Zukunft können sie wichtige Gebäude und Grundstücke länger für sich beanspruchen. Und sie müssen dafür nur den tatsächlichen Wert und nicht das höchste Angebot zahlen. Ansonsten kann der Bund vor allem mit Geld helfen. Viele andere Aspekte der Innenstädte sind letztendlich Ländersache.

Welche Partei aus Ihrer Sicht die besten Antworten zu diesem Thema hat, erfahren Sie in den Wahlprogrammen

INVESTIGATIV. UNABHÄNGIG. NON-PROFIT

CORRECTIV ist ein gemeinnütziges Medium und steht für investigativen Journalismus. Die vielfach ausgezeichnete Redaktion deckt systematische Missstände auf, prüft Falschmeldungen im Netz und fördert Medienkompetenz mit eigenen Bildungsangeboten. Sorgfältig recherchierte Informationen stärken öffentliche Debatten und geben Orientierung im Wahlkampf. **Entdecken Sie weitere Inhalte unter wahl2021.org**

Die unabhängigen Recherchen von **CORRECTIV** werden durch Spenden von tausenden Bürgerinnen und Bürgern wie Ihnen ermöglicht. Stärken auch Sie unsere Demokratie mit ihrer Unterstützung für unabhängigen Journalismus.

